

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 51, Winterfeldtstr. 24  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)  
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3164

## Inhalt:

Ferien. — Wichtige Beschlüsse und Resolutionen unseres 5. Verbandstages. — Streikbewegung unserer Kieler Kollegen. — Von der Berliner Straßenreinigung. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Internationale Rundschau. — Rundschau. — Verbandsteil.

## Ferien.

Frühling ist vorüber, die heiße Jahreszeit beginnt. Jeder, der es irgend ermöglichen kann, schüttelt den Staub der Stadtstraßen von seinen Füßen, wandert hinaus aufs Land, in die freie Natur, um in würziger Waldesluft, am Strande des Meeres, in den Tälern und auf den Höhen des Gebirges oder an irgendeinem anderen schönen Fleckchen unserer Mutter Erde Erholung und neue Kraft zu suchen für das Hasten und Jagen des Erwerbslebens.

Jeder, der tagaus, tagein schafft in harter, Geist und Körper anstrengender Arbeit, der seine Nerven und Muskeln zermüht in dem Kampf um die Existenz, hat unbedingt ein Anrecht auf einige Tage oder Wochen der Ruhe im ganzen langen Arbeitsjahr. Er braucht sie unbedingt zur Genesung seiner Nerven, seiner Lungen und seines ganzen Körpers, zur Erneuerung seiner physischen und geistigen Kräfte. Wenn er sich nicht vorzeitig aufbrauchen und zu seiner Erwerbsarbeit unfähig machen will, muß er alljährlich einige Zeit ausspannen und sich freimachen von allem, was mit seinem Berufsleben zusammenhängt.

Er muß! Aber leider ist die Zahl derer, die dieser Notwendigkeit dieser Pflicht gegen sich selbst und gegen ihre Angehörigen gerecht werden können, noch sehr gering. Wer die Ruhe und Erholung gerade am nötigsten bräuhete und das größte Anrecht darauf hätte, hat die Möglichkeit zur Ansammlung neuer Kräfte durch einige Tage oder Wochen des Ausspannens nicht! Der Unternehmer, der nicht nur aus seiner eigenen Arbeit, sondern hauptsächlich aus dem durch „seine“ Arbeiter erzeugten Mehrwert seinen Erwerb zieht, kann sich in den weitaus meisten Fällen alljährlich eine kleinen Knapp bemessene — Erholungszeit gönnen; sein Vertriebs geht ja weiter auch ohne ihn und „seine“ Angestellten und Arbeiter sorgen durch ihre Arbeit dafür, daß die Einnahmequellen ihres „Vrotherrn“ nicht stocken, während er selbst der süßen Ruhe pflegt. Und der reiche Nichtstuer, der nur sein Geld „arbeiten“ läßt und den aus der Arbeit anderer gepresten Ertrag — dessen Freßung er übrigens auch wieder noch durch andere besorgen läßt — in Form von fetten Dividenden oder Zinsen schöpft, hat eigentlich das ganze Jahr Ferien! Er benutzt die Sommerzeit nicht zur Erneuerung oder Aufrischung seiner durch die Arbeit, sondern durch sein faules Schlemmerleben verlorenen Kräfte und Säfte. Nur der Arbeiter, der anderen die Zeit der

Ruhe und Erholung möglich macht, ist jahraus jahrein ins noch gespannt, an die dumpfe Fabrik geschmiedet, wenn er nicht Hunger leiden will. Er hätte einige Tage oder Wochen, die ganz und gar ihm gehören, am nötigsten! Er hätte sie sich am redlichsten verdient! Aber ihm gewährt man sie nicht!

Wardon, man gewährt sie ihm! — Die ungeheuren Ziffern über die Arbeitslosigkeit liefern den Beweis. Wenn der Absatz stockt und die Produktion eingeschränkt wird, setzt man ihn auf die Straße. Wenn er seine und seiner Mitarbeiter Interessen dem Unternehmer gegenüber tatkräftig vertritt, wird er gemahregelt. Wenn sich ein hungernder Arbeitsbruder aus der großen industriellen Meeresbarmee dem Unternehmer verkauft um einen Lohn, der unter dem seinen steht, fliegt er. Wenn er sich im Dienste des Kapitals aufgerieben hat und krank und elend wurde, wird er abgeschoben. Wenn er alt und grau geworden ist und seine Kräfte, die er vielleicht ein Menschenalter hindurch für den Betrieb und zur Bereicherung seines Inhabers aufgebraucht hat, nachlassen, setzt ihm zum Dank der Sprößling dieses Inhabers den Stuhl vor die Tür. Das sind die Ferien, die man dem Arbeiter gewährt! Mit Sorge, Not und Elend sind sie gepaart. Der Ruhe und Erholung dienen sie nicht!

Aber es gibt auch da oder dort einen einsichtigen Unternehmer, der dem berechtigten Anspruch der Arbeiter auf Ferien Rechnung trägt. Freilich sind Betriebe, die dem Personal Ferien mit voller, teilweise sogar mit doppelter Bezahlung gewähren, noch verhältnismäßig selten, obwohl sie eigentlich nichts wegschenden, denn die Arbeiter haben im Laufe des Arbeitsjahres den Betrag vielfältig eingebracht. Wir haben im verfloßenen Jahr eine annähernde Uebersicht der Ferienbewilligung sowohl in der Privatindustrie als auch bei den deutschen Stadtverwaltungen gegeben. Die Zahl der Arbeiterferien gewährenden Gemeinden beträgt gegenwärtig zirka 100.

Der Widerstand des Unternehmers gegen die Ferienbewilligungen ist übrigens auch vom Unternehmerstandpunkt aus durch nichts gerechtfertigt. Interessant sind die Urteile, die die staatlichen Aufsichtsbeamten über die Ferienbewilligung fällen, der sie, wahrscheinlich auf Grund einer zentralen Anweisung, in den letzten Jahren besondere Aufmerksamkeit widmen. Hervorgehoben sei nur der Bericht über den Landespolizeibezirk Berlin, der über die Frage folgende Ausführungen enthält:

„Die Erfolge der Verurlaubungen scheinen den Erwartungen vollumfänglich zu haben. Die wenn auch oft nur kurze Unterbrechung der unter eigenartigen Verhältnissen sich abspielende gewöhnliche Arbeitsweise übt auch auf den Arbeiter einen heilsamen Einfluß aus. Neben der gesundheitlichen Erholung ist die geistige Auffrischung nicht hoch genug anzuschlagen. Das Leben unter veränderten Verhältnissen und der

Verkehr mit anderen Menschen frischen die geistige Spannkraft auf und heben die Schaffensfreudigkeit. Nach Rückkehr vom Urlaub sind die Arbeiter nach den Befundungen der Arbeitgeber nicht nur leistungsfähiger, sondern auch geistig reger und gehen ihrem Berufe freudiger nach. Ferner ist beobachtet worden, daß in denjenigen Betrieben, die ihren Arbeitern Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes gewähren, der Arbeiterwechsel merklich nachgelassen hat. Auch scheinen die Beziehungen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber dadurch günstig beeinflusst zu werden. Die bisherigen guten Erfahrungen, die mit der Urlaubsbewilligung gemacht worden sind, lassen hoffen, daß die erst in den Anfängen befindliche, immerhin schon über das Versuchsstadium hinaus gelangte Bewegung weiter fortzuschreiten und sich auf alle Industriezweige ausdehnen wird."

Aus diesen Zeitstellungen geht hervor, daß sich die Kräfteerneuerung durch die Ferien infolge der Erhöhung der Leistungsfähigkeit auch für den Unternehmer rentiert. Das sollten sich alle diejenigen merken, die zwar für sich eine Erholungszeit in jedem Jahre beanspruchen, der gleichen Forderung aus den Reihen der Arbeiter aber den härtesten Widerstand entgegensetzen.

Durch diesen Widerstand sollten sich allerdings die Arbeiter in keine Weise davon abhalten lassen, ihr Recht auch in Bezug auf eine Ruheweile im Jahre unter Fortzahlung des Lohnes immer und immer wieder zu fordern. Aber nicht nur für die Arbeitsgenossen, die 3, 5 oder gar 10 Jahre in einem Betriebe beschäftigt waren, also gewissermaßen als Prämie für „langjährige, treu geleistete Dienste“, sondern für jeden, der in aufreibender Arbeit im Dienste des Kapitals seinen Geist und seinen Körper zermüht.

Die Gewerkschaften haben sich hauptsächlich die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Aufgabe gestellt. Dazu gehört auch die Wirksamkeit für die Anerkennung einer den Arbeitern alljährlich zu gewährenden Erholungszeit unter Fortzahlung des Lohnes. Wenn die Gewerkschaften neben ihrer Arbeit für die Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne usw. auch dieser Sache erhöhte Aufmerksamkeit widmen, dann schaffen sie ihrem Wirken im Dienste der Arbeiterklasse, zur Hebung der Volksgesundheit und zur Förderung der Kultur ein neues, ergiebiges Betätigungsfeld.

## Wichtige Beschlüsse und Resolutionen unseres fünften Verbandstages.

### I. Zum Geschäftsbericht.

Der Geschäftsbericht soll alljährlich herausgegeben werden.

Der Verbandstag erklärt, daß zur Durchführung der Organisationsarbeit unter dem Krankenpflege-, Bade- und Massagepersonal weitergehende Maßnahmen erforderlich sind. Der Vorstand wird daher beauftragt:

1. Wenn irgend möglich, dafür Sorge zu tragen, daß sich ein eventuell zwei Verbandsbeamte vorzugsweise dieser Organisationsarbeit im Reich widmen.

2. Den Zirkularen wird das Recht eingeräumt, beim Sanitätspersonal in besonders gelagerten Fällen die nächstniedrigen Beitragsätze, d. h. 35 Pf. für männliche und 25 Pf. für weibliche Mitglieder, einzuführen.

3. Zur Förderung und Unterstützung der Weiterarbeit empfiehlt sich die besondere Kennzeichnung der Mitgliedsbücher des Anstaltspersonals usw. durch Stempel oder Aufdruck:

„Sektion Krankenpflege, Bade- und Massagepersonal  
..... (Ortsname).“

4. Die „Sanitätskarte“ soll mehr fachwissenschaftliche Artikel bringen.

5. Der Stellennachweis ist weiter auszugestalten. Insbesondere soll der Stellenstellennachweis mit den örtlichen Verbandsteilen in engere Verbindung treten.

### II. Statuten-Vorlage.

§ 9. Der wöchentliche Beitrag beträgt für männliche Mitglieder mit einem wöchentlichen Verdienst bis inklusive 21 Mk. 35 Pf., darüber hinaus 40 Pf.; für weibliche Mitglieder 25 Pf.; für jugendliche Arbeiter 25 Pf.

§ 17 Abs. 1. Als Erwerbslosigkeit gilt Arbeitslosigkeit und Krankheit. Arbeitslosigkeit auf der Reise ist derjenigen am Orte gleich zu achten.

§ 17 Abs. 3. Bei Berechnung der Invaliditätsdauer kommen nur die nach dem 1. Oktober 1906 gezahlten Wochenbeiträge in Betracht. Der Beginn der Unterstützung nach der 10 Pf.-Klasse erfolgt nach dem 1. April 1910 und sofern bereits 26 Wochenbeiträge à 40 Pf. entrichtet sind.

§ 17 Abs. 5. Für die erste Woche der Erwerbsunfähigkeit wird keine Unterstützung gezahlt.

§ 18. Die Erwerbslosenunterstützung beträgt nach einer Mitgliedsdauer von

Beitrags- wochen	auf die Dauer von Wochen	bei einem wöchentlichen Beitrag		
		für männl. Mitgl. à 35 Pf.	für männl. Mitgl. à 40 Pf.	für weibl. Mitgl. à 25 Pf.
52	4	4 Mk.	6 Mk.	3 Mk.
156	5	4 "	6 "	3 "
260	6	4 "	6 "	3 "
416	7	4 "	6 "	3 "
520	8	4 "	6 "	3 "

Die Gesamtsumme der innerhalb eines Jahres 52 aufeinanderfolgende Wochen) zu erhaltenden Erwerbslosenunterstützung darf bei einer Mitgliedschaftsdauer von

Beitragswochen	für männl. Mitglieder		für weibl. Mitglieder
	à 35 Pf.	à 40 Pf.	à 25 Pf.
52	16 Mk.	24 Mk.	12 Mk.
156	20 "	30 "	15 "
260	24 "	36 "	18 "
416	28 "	42 "	21 "
520	32 "	48 "	24 "

nicht übersteigen.

§ 26. Werden Unterbringungen innerhalb eines Bieteljahres nicht abgehoben, so verfallen sie der Verbandstare, sofern die Mitglieder oder deren Anachorine an der Geltendmachung ihrer Ansprüche nicht verhindert waren.

§ 40. Die Delegierten sind mit ungebundenem Mandat zu entsenden.

### III. Die Stadtgemeinden als Arbeitgeber.

#### Resolution.

Unsere Taktik wird bedingt durch die jeweiligen Verhältnisse, in ihren Einzelheiten ist sie wandelbar, jedoch muß sie sich an bestimmte Richtlinien halten.

Maßgebend sind nach dieser Richtung die Beschlüsse des Verbandstages, insbesondere das Verbandsprogramm, unser Lohnbewegungs- und Streikreglement sowie die Grundzüge der freien Gewerkschaften.

Die sozialen Forderungen des Gemeindearbeiterverbandes werden von dem Gesichtspunkt ausgeht, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den städtischen und staatlichen Betrieben nicht nach kapitalistischen, sondern nach sozialen Grundätzen zu gestalten sind.

Um allen Forderungen zur leichteren Durchführung zu verhelfen, sind die Kollegen verpflichtet, für größeren Einfluß und weitere Stärkung unseres Verbandes zu wirken.

### IV. Reichs-Versicherungs-Ordnung.

#### Resolution.

Der vom 23. bis 29. Mai 1909 in Dresden tagende 5. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter erhebt aus Anlaß des veröffentlichten Entwurfs der Reichsversicherungsordnung erneut die Forderung, daß alle Gemeinde- und Staatsbetriebe den Arbeiterversicherungsgeheimen unterstellt werden.

Für die Invalidenversicherung birmt der Entwurf der Reichsversicherungsordnung die so dringend erforderliche Erhöhung der Renten nicht. Die im Reich vorgeschienen Vorkläffen sind anzuerkennend und den heutigen Dienstverhältnissen nicht mehr entsprechend. Die Einführung weiterer Vorkläffen des 1. April 1910 (Reichsarbeiterversicherung), Erleichterung des Rentenbezugs und Angleichung der Pensionveränderung der Pensionsstellen und

unbedingt notwendig. Durch die Einführung höherer Lohnklassen wurden auch die Witwen- und Waisenrenten steigen. Die vorgeschlagene Lösung der Frage der Witwen- und Waisenversicherung hält der Verbandstag nicht für ausreichend. Er fordert eine Verbesserung aller Arbeiterwitwen ohne Rücksicht auf das Maß der Erwerbsfähigkeit. Die Rente einer erbfähigen Witwe soll mindestens 360 Mk. pro Jahr betragen. Ebenso muß der Mindestbetrag einer Waisenrente auf 180 Mk. pro Jahr festgesetzt werden.

Von der geringfügigen Ausdehnung des Versicherungszwanges abgesehen, bringt der Entwurf auf dem Gebiete der Unfallversicherung nur Verschlechterungen für die Versicherten. Die Bestimmungen über die Genalität des Rechtsweges, den Begriff der Erwerbsfähigkeit, die Festsetzung der Renten bis auf 20 Proz. auf Zeit, die Berechnung des Arbeitsverdienstes, Ruhen der Rente, die Abfindung stellen so wesentliche Verschlechterungen gegenüber dem bestehenden Rechtszustande dar, daß der Entwurf als unannehmbar bezeichnet werden muß.

Der Verbandstag protestiert mit aller Entschiedenheit gegen den durch die Reichsversicherungsordnung geplanten Raub des Selbstverwaltungsrechts der Ortskrankenkassen und die damit verbundene Entrechtung der Versicherten.

Der Verbandstag fordert Aufrechterhaltung des bisherigen Selbstverwaltungsrechts der Ortskrankenkassen, Gewährung desselben auch für die Landkrankenkassen. Weitgehende Zentralisation der Krankenkassen und damit Aufhebung der Betriebs- und Innungskrankenkassen. Sollten aber die Betriebskrankenkassen dennoch erhalten bleiben, so hält der Verbandstag zum mindesten für erforderlich, die vielfach in städtischen Betrieben vorhandene Zersplitterung zu beseitigen, indem nur eine Masse für alle versicherungspflichtigen Angestellten einer Kommune eingerichtet werden darf.

Der Verbandstag spricht seine Entrüstung darüber aus, daß die Regierung die seit mehr als 25 Jahren bestehenden Rechte den Versicherten in den Ortskrankenkassen nehmen und die Leistungen in der Unfallversicherung erheblich verschlechtern will.

Der Verbandstag ruft alle Berufsangehörigen zu einer energischen Abwehr der von der Regierung geplanten Reform der Arbeiterversicherung auf.

Nicht Entrechtung der Versicherten und Verschlechterung der Leistungen, sondern Sicherstellung und Erweiterung der Selbstverwaltung und Erhöhung der Leistungen muß das Leitmotiv einer gesunden Reform sein.

### V. Gewerkschaftskongreß.

Der 5. Verbandstag beauftragt den Verbandsvorstand, auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß die Aufhebung des Abs. 4 und 5 der Resolution betr. Grenzstretigkeiten zu beantragen.

Zum nächsten Gewerkschaftskongreß ist die volle, dem Verband zugehörige Zahl von Delegierten zu entsenden.

Die in städtischen resp. staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten können ihre wirtschaftlichen Interessen nur durch eine gemeinsame Betriebsorganisation wahren, nicht aber durch Anschluß an die einzelnen Berufsorganisationen.

### VI. Internationale Verbindungen usw.

Der Verbandstag sanktioniert den Beschluß des Verbandsvorstandes, dem Internationalen Secretariat der Arbeiter öffentlicher Betriebe beizutreten.

### VII. Sonstige Beschlüsse.

Die Gehälter sollen mit Geltung vom 1. Juli 1900 ab in folgender Weise festgesetzt werden

- |  |               |
|--|---------------|
| a) Hilfsarbeiter des Verbandsbureaus . . .     | 2000—2200 Mk. |
| b) Verbandsbureausekretäre und Gauleiter . . . | 2400—2800 "   |
| c) Verbandsvorstandsmitglieder . . . . .       | 2900—3200 "   |

Die Steigerungen erfolgen alljährlich um 100 Mk. bei allen Beamten.

Die zwecks Ausbildung im Verbandsbureau beschäftigten Kollegen erhalten ein Gehalt von 1800 Mk. jährlich.

Der Verbandskassierer erhält ein Monatsgeld von 200 Mk. pro Jahr. Im Falle der Vertretung erhält, sofern diese länger als 6 Werktage dauert, der Stellvertreter den auf die Vertretungszeit entfallenden Teil des Monatsgeldes.

Die Verwaltungsbeamten erhalten einen Sommerurlaub von zwei Wochen, nach zweijähriger Tätigkeit drei Wochen.

Die Diäten werden wie folgt festgesetzt:

- |  |               |
|--|---------------|
| a) für Reisen innerhalb Deutschlands . . . | 9 Mk. pro Tag |
| b) bei örtlichen Vertretungen . . . . .    | 6 " " "       |
| c) für die Unterrichtskurse                |               |
| an Verheiratete nach außerhalb . . . . .   | 7 " " "       |
| " Ledige . . . . .                         | 4 " " "       |
| " Verheiratete am Platz . . . . .          | 3 " " "       |
| " Ledige . . . . .                         | 2 " " "       |
| d) für längere Vertretungen                |               |
| an Verheiratete . . . . .                  | 6 " " "       |
| " Ledige: nachweisbare Mietsentschädigung  |               |
| e) an auszubildende Kollegen               |               |
| an Verheiratete . . . . .                  | 4 Mk. pro Tag |
| " Ledige: nachweisbare Mietsentschädigung. |               |

Der 5. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter tritt dem Beschluß der 1. Internationalen Konferenz der Arbeiter und Unterangestellten öffentlicher Betriebe bezüglich des Mißbrauchs des Alkohols ausdrücklich bei.

Der Verbandstag ersucht die Kollegen, diesem Beschluß die nötige Beachtung zu schenken.

### Streikbewegung unierer Kieler Kollegen.

In Nr. 21 unseres Organs berichteten wir über den Stand der Bewegung in Kiel. In einer zahlreich besuchten Versammlung nahmen die Kollegen Stellung zur ablehnenden Haltung des Magistrats ihren Forderungen gegenüber. Obgleich schon die Empörung bis zum Siedepunkt gestiegen war, gelang es doch noch der Organisationsleitung im letzten Augenblick ein vorläufiges Halt zu gebieten, um einen nochmaligen Versuch beim Magistrat und Stadtverordnetenkollegium zu unternehmen. In einer Resolution wurden noch einmal die Forderungen formuliert und den zuständigen Körperschaften zur sofortigen Beschlußfassung unterbreitet. Gleichzeitig wurde die Verbandsleitung ermächtigt, im ablehnenden Falle weitere Schritte zur Durchführung der Forderungen einzuleiten. Durch die Annahme dieser Resolution haben sich unsere Genossen veranlaßt, an den Magistrat folgende Interpellation zu richten:

„Ist dem Magistrat etwas bekannt über die augenblicklich unter den städtischen Arbeitern herrschende Bewegung?

Sind ihm insbesondere die Beschlüsse der Versammlung vom 17. Mai d. J. bekannt?

Welche Schritte gedenkt der Magistrat zu tun, um eine drohende, ganze oder teilweise Arbeitseinstellung in den städtischen Betrieben zu vermeiden?“

Die Interpellation kam am Dienstag, den 1. Juni, in der Kollegien Sitzung zur Verhandlung. Genosse Kubitz begründete eingehend die Forderungen der städtischen Arbeiter: Achtstündige Arbeitszeit für die Heizer an den Retortenöfen in den Gasanstalten und neunstündige Arbeitszeit und Lohnerböschung von durchschnittlich 20 Pf. täglich für alle Arbeiter. Im besonderen wurde darauf verwiesen, welche Erregung unter den gesamten städtischen Arbeitern zurzeit herrsche und welche schweren hygienischen und wirtschaftlichen Schäden zu erwarten ständen, wenn ein Streik ausbrechen würde. Aber alle Warnungen des Genossen Auhut waren in den Wind gesprochen. Herr Stadtrat Freyse, der für den Magistrat sprach, nahm einen so schroff ablehnenden Standpunkt ein, daß Genosse Adler, der später zum Wort kam, mit Recht sagen konnte: „Die städtischen Arbeiter hören aus alledem nur das Nein.“ Nur die achtstündige Arbeitszeit für die Retortenheizer will der Magistrat zur nächstjährigen Staatsberatung beantragen (?), erklärte Herr Freyse feierlich. Das ist aber kein Zugeständnis, denn das wurde schon bei der diesjährigen Staatsberatung versprochen. Ja, der Magistratsreferent ging noch weiter, er erklärte, daß der Magistrat Vorjorge getroffen habe, um im Falle eines Streiks schnell genügend zuverlässige Arbeitswillige herbeizuziehen. Das Streikbrecherbureau scheint also schon etabliert zu sein. Nachdem der Magistrat so alles getan hat, um eine friedliche Beilegung der Differenzen möglichst zu erschweren, glaubten der Oberbürgermeister und Herr Stadtrat Freyse, sekundiert vom Stadtverordnetenvorsitzer Dr. Altmann, unseren Genossen noch die Nachtwächterrolle zumuten zu können, den städtischen Arbeitern zu sagen: Ihr müßt auf alle Fälle mit dem zufrieden sein, was Euch der Magistrat bietet, denn weiter kann doch die Aufforderung an unsere Genossen, unter der vom Magistrat geschaffenen Lage die Arbeiter zu beruhigen, nicht gehen.

Soweit die Verhandlungen. Die einzelnen Betriebe nahmen auf Grund dieser Antwort in besonderen Versammlungen Stellung. Ueberall herrschte eine sehr gehobene Stimmung. Eine große Anzahl Kollegen wollte sich keinen Augenblick mehr gedulden und dem Magistrat sofort die Arbeit vor die Füße werfen. Jeder weitere Weg wurde als Verschleppung der Sache angesehen. Dennoch gelang es, die Kollegen dazu zu überreden, einen noch mäßigen Versuch beim Magistrat durch persönliche Verhandlung der Organisationsleitung zu unternehmen.

Wie uns soeben (Montag abend) mitgeteilt wird, hat auch der letzte Versuch einer Verständigung keinen Ausgleich mehr schaffen können, da der Magistrat durch den Oberbürgermeister erklärte ließ, daß er jede Verhandlung durch die Organisationsleitung ablehne. Man verwies auf den Arbeiterausschuß als Vermittlungsinstanz. — Vor einigen Wochen hat man erst die beantragte Sitzung der Ausschüsse abgelehnt; da sich nach Ansicht des Magistrats eine solche erübrigt. — Spricht es nicht Bohn, wenn man jetzt plötzlich wieder hierauf reagieren will? Durch den Mund der Magistratsvertreter wurde aber gleichzeitig erklärt, daß auch jede weitere Verfolgung der Sache sich erübrige, da bei der jetzigen finanziellen Lage an keine Bewilligung, selbst nicht der geringsten, zu denken sei. Damit hat der Magistrat selbst den Stein ins Rollen gebracht und die Arbeiter auf den Weg der Selbsthilfe verwiesen. — Man scheint sich auch redigierlich im Magistrat auf alles gefaßt gemacht zu haben. Streikbrecherquartiere sind schon eingerichtet, es fehlen nur noch die Arbeitswilligen.

Wie uns soeben telephonisch mitgeteilt wird, sind von 104 Beschäftigten der Müll und Fäkalienabfuhr am Dienstagmorgen 100 in den Ausstand getreten.

Ferner hat der Magistrat heute (Dienstag mittag) die Straßenreiniger-Tagsicht zur Streikarbeit kommandiert. Die Kollegen haben natürlich strikte abgelehnt; infolgedessen wurden 28 Mann sofort entlassen.

Es ist selbstverständlich, daß sich niemand zum Streikbruch ergeben darf!

### Von der Berliner Straßenreinigung.

Die Verwaltung der Berliner Straßenreinigung hat in den letzten Jahren eine Reihe betriebstechnischer Änderungen vorgenommen, die — so wird oft und laut genug versichert — eine gründlichere Reinigung der Straßen garantieren. Demgegenüber ist festzustellen, daß die technischen Verbesserungen, wie Automotorsprengwagen, elektrische Walschmaschinen, der Umbau der Sprengwagen, nicht etwa neben den erforderlichen Arbeitskräften zur besonders gründlichen Reinigung durchgeführt wurden. Zweck war nur Ersparnis von Arbeitskräften. Ist doch seit zick drei Jahren die durch die neu in den Arbeitsplan aufgenommenen Straßenbedingte Mehrereinstellung von Arbeitern nicht erfolgt. 117 Arbeiter und 46 Purtschen hätten mehr eingestellt werden müssen, wenn wirklich die technischen Verbesserungen nur zu dem behaupteten Zweck der besonders gründlichen Reinigung durchgeführt worden wären. Aber für fast alle Abteilungen ist durch die Abkommandierungen (als Aufsicher für die Segemaschinen, als Arbeiter für das Hauptdepot, als Bauarbeiter für die neu zu bauenden Fuhrdepots usw.) der etatsmäßige Bestand der Arbeiter in einzelnen Abteilungen bis zu 25 Proz. verringert. Ersatzleute einzustellen, lehnt die Direktion ab.

Die Arbeit muß und wird freilich geschafft, man frage nur nicht: wie? Es wird auf Anordnung der Aufsichtsbeamten und der Vorarbeiter einfach darüber hingepfuscht. Bürgertheiligkeit und Vorsprengen ist zum mindesten für die Nachtstunden so gut wie abgekommen. Die großen Stöße Papier werden heruntergenommen. Der bei Tage auf die Bürgertheiligkeit gewetzte Pferde- und Staub kleben liegen. Bei dem leisesten Wind fliegen dann Wolken Staubes auf. Die Besprengung der Dämme ist bei Tage ebenfalls unzureichend. Ein drastisches Beispiel hierfür bietet die Arbeit am Montag Morgen. Früher mußten von 6-9 Uhr Sprengwagen fahren, um die Straßen, die Sonntag nacht nicht gesprengt werden, anzufechten. Das ist in Rücksicht auf den gesundheitlichen Zustand der Stadt notwendig. Heute wird erst nach 9 Uhr mit der Besprengung begonnen. Das Regen der Straßen wird von 6 Uhr an trocken vorgenommen. Alles das, um zu sparen.

Die Arbeiter sind, welche die Straßenreiniger, die als Sprengwagenführer tätig sind, machen müssen, weigert sich die Direktion trotz Deputations- und Magistratsbeschlüsse zu bezahlen. Auf die Ausschüsse der Organisation hat, die von den

Ausschüßern durch persönliche Eingaben unterstützt wurden, wird nur für einen Teil der deutscher 25 Pf. Zulage bezahlt. Die hartnäckige Weigerung der Direktion, die zustehenden Rechte zu gewähren, findet leider an den Indifferenten und jenen andorganisierten Kollegen Hirsch-Dunkerschier Couleur ihre größte Stütze. Einer der berufenen Vertreter dieser Organisation, Vorarbeiter Saager, fürchtet sich, selbstgeleitete Heberhänden bezahlt zu fordern.

Die schon erwähnte Verringerung der Arbeiter durch alle die abkommandierten Aufsicher, Chausseure usw. bedingt an sich eine vermehrte Arbeitsleistung für die zur direkten Reinigung verbleibenden Arbeiter. Der prozentuale Krankenstand erreicht darum auch den der Gasarbeiter! Nebenbei ist für einzelne Abteilungen auch mit der Vermehrung des Tagesdienstes eine Verlängerung der Arbeitszeit zu verzeichnen. Bei der Nachtarbeit sind im Sommer 51 Stunden, im Winter 51 Stunden, beim Tagesdienst aber stets 7 volle Tage à 9 Stunden = 63 Stunden zu arbeiten. Dem begrifflichen Wünsche der Kollegen nachzukommen, eine Regelung dergestalt zu treffen, daß die geforderte Arbeitszeit nicht zu sehr differenziert, weigert sich die Direktion. Für denselben Lohn pro Jahr muß in mancher Abteilung bis 200 Arbeitsstunden mehr gearbeitet werden, als es in einzelnen Abteilungen der Fall ist. Ist die Verwaltung schon nicht willens, diese Ungezähligkeit abzuschießen, macht sich manch Unterbeamter noch ein Vergnügen, die Kollegen deswegen zu verböhen. Man ist besorgt, daß das Publikum bei Tage im Dreck umkommen könnte, wenn statt 8 Tagesposten nur 7 oder 6 neben den Arbeitsstunden tätig sind. Daß das Uebel seinen Grund hauptsächlich in der mangelhaften Nachreinigung hat, verschweigt für ein Ueberausseher. Im übrigen verweisen wir den betreffenden Herrn auf den 1907 in Nr. 3 der „Gewerkschaft“ erschienenen Artikel. Darin wird geschildert, wie durch die mangelhafte Abfuhr die Schmutzhaufen halbe und ganze Tage lang in mancher Abteilung herumliegen. Den Vorteil von dieser heute noch zutreffenden Tatsache haben die Herren Fuhrunternehmer. Ob nun die Fuhrunternehmer den, wie schon 1907 nachgewiesenen, Vorteil nur für sich behalten, ist eine Preisfrage, deren Beantwortung wollen wir vorläufig der Direktion überlassen. Ob aber haben, offen geblieben, den Glauben verloren, daß von seiten der Verwaltung die Verhältnisse auch nur in betriebstechnischer Hinsicht bessere werden.

Wie erinnern hier an den Fall des Arbeiters Eißerick. Derselbe wollte es, gegen die Weisung seines Aufsichters, ein Vorgesetzter zu sein, zu opponieren. Seine gegen den Aufsicher zurückgegangenen Weisungen mußten von der Direktion und von der Verwaltung als richtig anerkannt werden. Man hat auch gar nicht erst die von ihm angebrachten Zeugen verbört. Die angeordnete gerichtliche Klage hat man sich gebüht zu erheben. Aber man hat den Arbeiter, um ihn doch zu schikanieren, nach einer anderen Abteilung versetzt. Hatten die gegen den Aufsicher erhobenen Anklagen gegen den Arbeiter vorgelegen, derselbe würde Kopf über Hals aus dem Dient gejagt worden sein. Dasselbe würde jedem Arbeiter passieren, der, wie der Aufsicher Eißerick, sich nachts mit einem Aufsicher herumschlägt, daß sich beide auf dem Straßenrand wälzen. Wenn der Arbeiter dann weiter jemand anders vor versammelter Mannschaft mit Schlägen bedrohen würde, wäre solch prügelstüßiger Arbeiter die längste Zeit bei der Straßenreinigung gewesen. Ein weiteres Ruhestück ist der Aufsicher Sievert. Derselbe war seinerzeit an einem Sonntag so betrunken, daß er in Gegenwart der Arbeiter das Mosjett vollgebrochen hatte. Das Depot hat derselbe als Schlaflos zur Befestigung seines Nakenhammers benutzt. Solche Beispiele verdienen gute Sitten. Besonders leidet hierin aber der Aufsicher Vrode der 8. Abteilung. Der Mann bildet eine furchtliche Gefahr besonders für die jugendlichen Arbeiter, denn er bedient sich derartig verbroderter Ausdrücke, wie man sie kaum auf einem Kaffeehof zu hören bekommt. Ob der Aufsicher seine Piereisen, die ihn schon in die Gefahr brachten, seinen Schadel an einen Reuben in der Friedrichstraße zu zerdrücken, aus eigener Laune bestreitet, wissen wir nicht. Bei diesen nicht so selten vorkommenden Zuständen ist es kein Wunder, daß die Abfuhr sehr mangelhaft besorgt wird. Mühen die Arbeiter doch schon den Schmutz aus der Friedrichstraße in die Seitenstraßen abfahren, weil der Fuhrherr die Gespanne erst um 7 Uhr morgens stellt. Verpflichtet ist er dazu um 11 Uhr abends. Aber eine Liebe wird wahrscheinlich der anderen wert sein. Daß bei solchen Beispielen, die wir aus höheren Kategorien vermehren konnten, die gute Zille der Einheitsmänner und Wärgel im Finken nicht gefördert wird, ist wohl klar einbildlich. Damit ist auch leider für den Gedanken der Organisation aller Straßenreiniger ein unfruchtbarer Boden gegeben. Abteilungsvereine schäßen empor, die gegündet und

geleitet werden von den Herren Aufsehern. Zweck und Ziel ist einmal, Weihnachtsbescherungen für die Kinder der Mitglieder zu veranstalten. Zur Freude der Direction soll weiter das abhanden gekommene Geschirre aus den Beiträgen bezahlt werden. Natürlich werden dann auch noch Geburtstagsgeschenke usw. für die Herren Aufseher nicht ausbleiben. Damit gedenkt man die Arbeiter von der Organisation abzulösen. „Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt!“ Gewalt im sanften Sinne offizieller Standpauken unter Bezugnahme auf den Verband sind besonders bei dem Aufseher Glimm an der Tagesordnung.

Im großen und ganzen ein unerfreuliches Bild in jeder Beziehung. Die Verwaltung wandelt in den Fußstapfen des Mämmersers Steininger: Sparen auf Kosten der Arbeiter. Sparen, und wenn auch die Verwaltung die gestellten Aufgaben nicht erfüllen kann. Mag auch der gute Ruf: „Berlin die reinlichste Stadt der Welt“ zum Teufel gehen. Soll es anders werden, so muß von unten auf, getragen von einer starken Organisation, der Ruf erschallen: „Fort mit dieser Sparjamkeitspolitik, die sich auf unsere Kosten als Arbeiter und als Bürger betätigt.“

• **Notizen für Gasarbeiter** •

**Vernburg.** Gute Erfahrungen mit der achtstündigen Arbeitszeit in Vernburg, hat das städtische Gaswerk gemacht. In dem städtischen Verwaltungsbericht heißt es darüber: „Als Neuerung wurde in Folge Gemeinderatsbeschlusses vom 11. November die achtstündige Arbeitszeit für die Feuerleute während der Wintermonate eingeführt. Die Maßnahme hat sich gut bewährt, da die Leute viel leistungsfähiger und frischer waren. Natürlich mußte das Personal vermehrt werden, wodurch die Ausgaben für Löhne schätungsweise um 2500 M. gestiegen sind.“

**Charlottenburg.** (Zur Gasexplosion.) Am 19. Mai fand in der Gasanstalt I in Charlottenburg eine folgenschwere Gasexplosion statt, über die wir bereits in Nr. 23 der „Gewerkschaft“ berichteten. Ueber die wahrscheinliche Ursache der Explosion geht uns aus den Mittheilungen unserer Kollegen noch folgende Mitteilung zu: Vor mehreren Jahren, als der Ingenieur Gasse Betriebsleiter war, wurde eine Rohrleitung vom Erhaustorenhause nach dem Schmelzhaus gelegt. Der Zweck dieser Leitung ist den Arbeitern niemals klar geworden, da dieselbe nie benutzt wurde. Schon bei der Legung des Rohres machten die im Messelhaufe beschäftigten Arbeiter auf die große Gefahr aufmerksam. Diesen Warnungen wurde aber kein Gehör gegeben. Als der Ingenieur G. die Stellung wechselte und der jetzige Betriebsleiter K. an dessen Stelle trat, machten die Arbeiter letzteren wiederum auf die Rohrleitung und die damit verbundene Gefahr aufmerksam und ersuchten um Entferrnung derselben. Aber auch hier ohne Erfolg. Dem Entfassen der Heizer, den offenen Kanal zu vermauern, kam man nicht nach. Noch in der letzten Zeit, circa 14 Tage vor der Explosion, wurde der diensthabende Werkmeister von einem Heizer auf die immer größer werdende Gefahr aufmerksam gemacht. Dieser sagte aber: „Da der Betriebsleiter nichts anordnet, könne auch er nichts machen.“ Am Sonntag, den 16. Mai, traten Betriebsstörungen ein. Als diese dem Betriebsleiter gemeldet wurden, soll er geäußert haben, „bis nach Freitag wird es schon nach geben“. In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch warf wiederholt der Messel aus. Am ein Unglück vorzubringen, wollte nun der Heizer den Messel ausblasen. Der diensthabende Werkmeister verbündete dies aber mit der Begründung, daß ohne Einwilligung des Betriebsleiters der Betrieb nicht stehen bleiben dürfe. Es wurde darum weiter gearbeitet, bis kurz nach 7 Uhr früh die erste Explosion erfolgte. Jetzt holte man schnell den Betriebsleiter. Unter dessen Leitung wurde nun versucht, das im Rohr entstandene Feuer zu löschen. Aber vergebens. Etwa 20 Minuten nach der ersten erfolgte die zweite folgenschwere Explosion. Dieses die Darstellung über die Ursache der Explosion aus den Mienen der Arbeiter. Soffentlich bringt die Untersuchung volle Klarheit, damit etwaige Verantwortlichkeiten bei Legung derartiger Rohrleitungen wie auch bei Aufertigung der Rohrnetzpläne vermieden werden.

**Freiburg (Schwaben).** In der „Volkszeitung“ stand vor einigen Tagen folgendes zu lesen: „Im städtischen Haushaltsplan sind bei der Rechnung Gasanstalt, Kol. 16 der Ausgaben, Löhne und Gehälter an die Betriebsarbeiter und Heizer mit 12.000 M. eingezeichnet, während 1908 15.000 M. eingezeichnet waren. In den Erläuterungen zu dieser Position steht: Folgen des wachsenden Betriebes. Das bedeutet ein Drittel Arbeitskräfte weniger als im Vorjahre. Es das alles durch den mangelhaften Betrieb erpart wird oder ob man da nicht am unredlichen Orte wart, indem die Arbeiter viel intensiver angerechnet werden? Wir möchten für das Letztere behaupten. So war unter anderem am vorigen Sonntag nur ein Mann im Betrieb, der das Schmelzhaus, das Reinstübchen und das Abrethaus zu überwachen hatte. Dazu kommt noch,

daß der Mann noch gar nicht mit dem Betrieb vollständig vertraut war. Die Folge dieser Sparjamkeit war, daß etwa 550 Kubikmeter Gas entweichen konnten. Es fehlte nur noch, daß ein Unvorsichtiger ein Streichholz angezündet hätte, dann wäre ein ähnliches Unglück zu bezeichnen gewesen wie im Januar. Für den Preis, den die 550 Kubikmeter Gas Herstellungsstellen verursachen, hätte man recht auf einen Arbeiter mehr beschäftigen können, die Sicherheit wäre wahrhaftig mehr wert, als diese „Ersparnisse“. Man möchte fragen, welchen Plan der Herr Direktor eigentlich verfolgt, daß er die alten mit dem Betrieb vollständig vertrauten Arbeiter aus dem inneren Betriebe entfernt und mit irgendwelchen Arbeitern beschäftigt, die jeder Late ausführen kann. Als im Januar das Unglück passierte war, schien es als ob der Direktor ein ganz anderer Mann geworden sei; das hielt auch eine ganze Zeit an, jetzt scheint er es wieder völlig überwinden zu haben. Sein Auftreten ist fast noch schroffer als vorher und der Herr Assistent ist mit ihm auch ein Herz und eine Seele. Unter solchen Umständen kann man es nur begrüßen, wenn im Stadtverordnetenkollegium einige Herren sind, die die Ansicht vertreten, daß man dem Direktor etwas stark auf die Finger sehen möchte. Leider geht in dem Betrieb sehr vieles vor, wovon die Stadtverordneten überhaupt nichts erfahren.“ — Soweit der Bericht. Er ist dem Direktor arg auf die Nerven gefallen. Wutentbrannt ließ er tagelang herum und forschte nach dem Uebelthäter, der die „Volkszeitung“ unterrichtet. Seiner Meinung nach konnte sich der Bösewicht nur unter den Arbeitern befinden. Verschiedens lud er zu sich in sein Bureau und horchte sie aus. Doch er konnte nichts erfahren, ganz einfach, weil eben die Arbeiter auch nichts wußten. Doch ein Opfer mußte fallen und der Kollege Gimmerrmann, der Vorsitzende unserer Filiale, erhielt ganz unrlücklich seine Entlassung! — Anstatt also die richtigen Lehren aus den geschichtlichen Vorgängen zu ziehen, soll nun der Arbeiter büßen. Ob das der Betriebsicherheit dient, dürfte wohl allseitigem Zweifel begegnen.

• **Aus den Stadtparlamenten** •

**Charlottenburg.** Eine Erhöhung des Gehaltes oder Lohnes der städtischen Beamten, Privatdienstverpflichteten, Schweißern und Arbeiter nach einem neuen Normalstatut mit einem Aufwande von einer Million Mark, schlägt der Charlottenburger Magistrat den Stadtverordneten vor. Dabei ist die Gewährung von Familienzulagen vorgesehen. Auf ihren Antrag soll vom 1. April an den Beamten und Privatdienstverpflichteten bei vier und fünf Kindern bis zu deren vollendetem 18. Lebensjahre 300 M. jährlich, bei sechs und mehr Kindern 500 M. jährlich, den ständigen Arbeitern bei vier und fünf Kindern bis zum 16. Lebensjahre 10 Proz. ihres regelmäßigen Arbeitslohnes, höchstens 300 M. jährlich, bei sechs und mehr Kindern 15 Proz. ihres Lohnes, höchstens 500 M. gewährt werden. Die Familienzulage ist nicht ruhegeldfähig. Auch besteht kein Rechtsanspruch darauf.

**Glogau.** Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte die Vorlage betr. Bewilligung von sechs Tagen Urlaub an städtische Arbeiter, welche über 10 Jahre in städtischen Diensten sind.

**Landberg a. W.** Die Stadtverordneten beschäftigten sich mit der Einrichtung von Schrebergärten für städtische Arbeiter. Der Magistrat stellt hierzu ein 12.000 Quadratmeter großes Gelände zur Verfügung und beabsichtigt auch in den anderen Stadtteilen gleiche Gärten anzulegen, um die Arbeiter anständig zu machen. Das Land hat einen Wert von 4400 M. Wasserleitungslegung und Umzäunung kostet 1100 M. Die Parzellen sollen in Größe von 200 Quadratmetern zu je 7 bis 10 M. Pacht abgegeben werden. Das Wasser bezahlt die Stadt. Der Magistratsantrag wurde einstimmig angenommen.

**Münster.** In der letzten Stadtverordnetenversammlung brachte Stadtverordneter Genoffe Camps eine Angelegenheit zur Sprache, die unter den städtischen Arbeitern eine große Erbitterung hervorgerufen hat. Eine Anzahl städtischer Arbeiter hatte in einer Eingabe den Magistrat in höflicher Weise gebeten, den 32 bis 34 Pf. betragenden Stundenlohn heraufzusetzen, zumal die italienischen Arbeiter im städtischen Betriebe bis zu 10 Pf. für die Stunde mehr erhielten. Darauf wurden 20 heimische Arbeiter entlassen und einem von ihnen durch einen Beamten des Stadtkanzleis bedeutet, daß seine Entlassung in der Unterschrift der Eingabe zu finden sei. Diese Angelegenheit war auch in der „Münsterischen Zeitung“ besprochen worden, nachdem ein Stadtverordneter eine Klärung des Magistrats wegen Erhöhung der Löhne für die städtischen Arbeiter in öffentlicher Sitzung nicht hatte herbeiführen können. Auf die eindringliche Interpellation des Stadtv. Camps antwortete der stellvertretende zweite Bürgermeister Gobel mit einem Anfall gegen die „Münst. Ztg.“ deren tatsächliche Mittheilungen er als der Wahrheit entsprechend annehmen mußte und erklärte alsdann offiziell, daß der Magistrat die Entlassung der Arbeiter wegen der Eingabe nicht bewirkt habe, die Entlassung vielmehr wegen Arbeitsmangels habe erfolgen müssen. Inzwischen, so hob demgegenüber der Vertreter der Arbeiter hervor, scheint es, daß kein Raum über die Eingabe und Entlassung verhandelt worden ist, da sonst die erwähnte Äußerung nicht fallen konnte.

### ♦ Aus unserer Bewegung ♦

**München.** (Tarifvereinbarung für die Streckenarbeiter bei der städtischen Straßenbahn München.) Zwischen dem Stadtmagistrat München bezw. der Direktion der städt. Straßenbahn und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Ortsverwaltung München kam folgender Tarifvertrag für die bei der Straßenbahn verwendeten Streckenarbeiter zustande:

Jahreszeit	tägliche Arbeitsstunden	Pausen			Lohn M.	Fahrtgeld täglich M.
		vorm.	mitt.	nachm.		
20. März bis 15. Okt.	9 1/2	1/2	1 1/2	1/2	4,40	0,20
16. Okt. bis 1. Nov.	8 1/2	1/2	1 1/2	1/2	4,—	0,20
1. Febr. bis 20. März	8 1/2	1/2	1 1/2	1/2	4,—	0,20
1. Nov. bis 1. Febr.	7 1/2	1/2	1 1/2	1/2	3,65	0,20

Die Beiträge für Invaliden- und Krankenversicherung werden vom Betriebsunternehmer getragen. An Lohnzahltagen endet die Arbeit um 5 Uhr, an Vorabenden vor Feiertagen um 4 Uhr ohne Lohnabzug für die fehlende Arbeitszeit. Für jede die regelmäßige Arbeitszeit überschreitende Leberstunde, sowie bei Arbeit an Sonn- und Feiertagen wird ein Zuschlag von 50 Proz. gezahlt. Wird mit Schichten (bei Nacht) gearbeitet, so werden die 50 Proz. von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens bezahlt. Die Bezahlung von tags 20 Pf. für Jahrgeld ist rückwirkend bis zum 14. Mai d. J. Ein entsprechendes Regulatoriv regelt die Pausen bei Schichtarbeit. Der Tarif hat Gültigkeit bis zum 1. Mai 1910; er läuft je ein Jahr weiter, wenn nicht ein Monat vor Ablauf seitens einer der vertragschließenden Parteien Kündigung erfolgt. — Der Abschluß dieses Tarifes ist insofern von Bedeutung, als es unseres Wissens der erste Fall ist, daß eine Stadtgemeinde mit einer Arbeiterorganisation ein direktes Tarifverhältnis eingeht. Es wäre nur zu wünschen, daß die Stadtverwaltungen mehr und mehr dazu übergehen, mit den Arbeiterorganisationen direkt zu verhandeln und durch gegenseitige Vereinbarungen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln.

**Gienach.** Am städtischen Bauamt machen sich wieder einmal manderlei Lebergriffe einzelner Vorarbeiter bemerkbar. Besonders wird über die neugeborenen Vorarbeiter Vorkhardt und Sputh geklagt. Letzterer bekundet ein so reges Interesse an der Organisationszugehörigkeit unserer Kollegen, daß er die Arbeiter einzeln danach ausfragt. Als nun der Filialvorstand durch den Stell. Wehlig mit dem Genossen Gill gemeinschaftlich bei dem Oberbürgermeister vorstellig wurden wegen dieser und verschiedener anderer Mißstände, wunderte sich der Oberbürgermeister nicht wenig, da ihm hiervon nichts bekannt war. Er versprach auch für Abhilfe zu sorgen. Die Urklaufbefragung wurde gleichfalls behandelt und von unserer Seite verlangt, es soll in jedem Betriebe wie im Gas- und Wasserwerk ein Klafat ausgearbeitet werden, wo jeder Arbeiter in der Lage ist, nachzugehen, wann er seinen Urklaf antreten kann. Die Bezirke der Straßenkehrer seien zu groß, es wäre notwendig, diesem Uebel abzuhelfen. Auch hier stellte der Oberbürgermeister Erleichterungen in Aussicht. Es waren auch verschiedene Kollegen bestraft worden, weil sie nicht die Strafen beim Nehren gespart hätten, ferner wurde geklagt wegen Werkzeugunterbreitung der Kehrer. Es wurde vorgeschlagen, für die Strafenkehrer in jedem Bezirk mehr Zapfenstellen einzurichten. Bemerkenswert ist noch, daß der Herr Oberbürgermeister sich sehr für das volle Koalitionsrecht aussprach. Von Seiten der Stadtverwaltung soll den Arbeitern nichts in den Weg gelegt werden ihre Interessen zu vertreten. In Kürze soll auch ein städtischer Arbeitsnachweis errichtet werden. — Hoffentlich sorgen die Kollegen durch engen Zusammenhalt in unserer Organisation, sowie durch rege Versammlungsteilnahme dafür, daß die ange deuteten Aufgaben nicht in Vergessenheit geraten können.

**Heidelberg.** Am 21. Mai, abends 8 Uhr, waren die Gemeindearbeiter im Gewerkschaftshaus zum „Goldenen Römer“ versammelt. Es wurde zunächst über die bevorstehenden Wahlen der Delegierten zur Ortskrankenkasse verhandelt und die Kandidaten hierfür nominiert. Der Referent war Gen. Schuchbach. Er verbreitete sich in eingehender Weise über die Verhältnisse in der Heidelberger Ortskrankenkasse. Redner betonte, um die bestehenden günstigen Verhältnisse zu erhalten, bzw. noch zu verbessern, ist es Pflicht eines jeden freien Gewerkschaftlers, dafür zu sorgen, daß unsere Kandidaten zu Delegierten für die Ortskrankenkasse gewählt werden. Wahlberechtigt und wählbar sind alle 21 Jahre alten weiblichen sowie männlichen Ortskrankenkassenmitglieder. Als Kandidaten der Gemeindearbeiter wurden Stell. Riegler und Firsching vorgeschlagen. Aus den Mitteilungen des Gauleiters war zu entnehmen, daß er wegen der Eingabe unseres Gewerkschaftsleiters mit dem Oberbürgermeister Dr. Willens verhandelt hat. Die Sache soll zu unseren Gunsten geregelt werden.

**Magdeburg.** Am 22. Mai fand unsere Filialversammlung bei Nichtsein statt. Zu Ehren des verstorbenen Kollegen Köst er haben sich die Kollegen von den Plagen, Genosse Lindenschied hielt einen Vortrag über das Herbergswesen. Redner erörterte die Entstehung und Beschaffenheit der Herbergen. Solche schlechten Verhältnisse wie in Magdeburg würde man so leicht nirgends finden. Das Kartell hat beschlossen, eine Zentralisation zu schaffen. Bevor der Bau ausgeführt wird, sollen Mittel zur Verfügung stehen. Die Anträge der Herbergskommission wurden beraten und zur Diskussion gestellt. Stell. Pistor stellte den Antrag „daß die Filialkasse pro Mitglied 1 M. für die Jahre 1910 und 1911 trägt“. Die Anträge der Kommission wurden abgelehnt und letzterer gegen 25 Stimmen angenommen. Die Abrechnung vom Sitzungszeit ergab ein Defizit von 54,19 M. Den Bericht von der Krankenkasenvertreterprüfung brachte Stell. Meister. Zum Kassierer für Lindenburg wurde Stell. Peters gewählt. Kollege Strunk erörterte, daß auf dem Herbergs Entlohnungen festgefunden haben; auch in anderen Betrieben scheint es der Fall zu sein.

**Offenbach a. M.** Am 4. Juni fand eine Betriebsversammlung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter statt. Kollege Marole-Krausler referierte über: „Die bevorstehende Arbeiterauswahl“, wahl“. Die obigen Betriebe haben nämlich einen besonderen Ausschuss. Schon seit zwei Jahren gehen die Ausschusswahlen nicht regelmäßig vor sich. Der alte Ausschuss wurde per Affirmation gewählt. In der Diskussion wurden viele Mißstände vorgezogen. Einem Kollegen wurden 25 Pf. abgezogen, weil er zwei Minuten zu spät kam. Ein anderer bekommt jetzt 40 Pf. Stundenlohn, früher hatte er 50 Pf., er ist 1 1/2 Jahr beschäftigt. Wieder ein anderer erhält jetzt 19 Pf., früher hatte er 55 Pf. Stundenlohn; er ist 1/2 Jahr beschäftigt. Mehrere Kollegen vom Gaswerk bringen vor, daß ihr Tor mittags, wenn die Schichtträger kommen, geschlossen ist, so daß sie nicht herein können, und infolgedessen das Essen immer kalt hinenterbürgen müssen. All diesen Zuständen sieht der seitherige Arbeiterausschuss gleichgültig zu. Deshalb wünscht man, daß in den jetzt zu wählenden tatkräftige Männer mit starkem Mutmaß hineinkommen. Doch muß auch die gesamte Arbeiterschaft hinter ihnen stehen. Den vorgeschlagenen Kandidaten wurde zugestimmt. Die Betriebsversammlung war gut besucht; es wurden 14 Neuaufnahmen gemacht.

**Nixdorf.** „Der Magistrat und der Reunfundentag für die städtischen Arbeiter“, so lautete das Thema einer gut besuchten Versammlung der Arbeiter der Stadt Nixdorf. Der Referent, Stadt. Grogger, beleuchtete die Verhältnisse und den Geist der städtischen Körperschaften. Er sprach aufs schärfste die Verschleppungspolitik der bürgerlichen Mehrheit und des Magistrats in Bezug auf die neunstündige Arbeitszeit für sämtliche städtischen Arbeiter. Der Redner schloß, unter dem lebhaften Beifall der Versammlung mit der Aufforderung, die Reihen der Organisation zu stärken und die Agitation zu beleben. Das wird eine wirksame Demonstration für die Forderung der Arbeiter sein. — Eine lebhaft ausgesprochene folgte dem Referate. Es wurde von den verschiedenen Rednern betont, daß die neue Arbeitsordnung bereits am 1. April 1908 eingeführt wurde und trotz dieser langen Zeit ihres Bestehens und seitens der einzelnen Betriebsleitungen sowie vom Magistrat jetzt erst Schritte unternommen worden, um den „gemeinsamen Arbeiterausschuss“ auf Grund dieser neuen Arbeitsordnung wählen zu lassen. Durch diesen Zustand mußten sich die städtischen Arbeiter mit mander Maßnahme der Betriebsverwaltung zufrieden geben, die aber unter ihnen tiefen Unwillen hervorgerufen hat. So ist z. B. die Tatsache zu verzeichnen, daß trotz der einheitlichen Arbeitsordnung in einzelnen Verwaltungen die Zuschläge für Arbeiten an gesetzlichen Feiertagen, die in die Woche fallen, eine Zeitlang gezahlt, plötzlich verweigert wurden. Ueberhaupt ist die Auslegung der Arbeitsordnung seitens der Verwaltung eine ganz willkürliche; in erster Linie datengebend, daß eine Ersparnis für die Verwaltung dabei herauskommt, natürlich auf Kosten der Arbeiter. Zwei Resolutionen, die noch einmal kategorisch den Reunfundentag, sowie die baldige Einberufung des „Gemeinsamen Arbeiterausschusses“ fordern, wurden einstimmig angenommen und sollen dem Magistrat unterbreitet werden.

**Strasbourg i. G.** Am 19. Mai tagte im Lokal „Zur Sonne“ eine öffentliche Versammlung, in der Kollege Bürker über: „Die bevorstehende Behandlung der städtischen Arbeiterangelegenheiten“ referierte. Die Kollegen waren zahlreich erschienen. Interessanterweise waren auch der zweite Bürgermeister, Herr Dr. Leoni, Herr Dr. Jung und der Betriebsleiter der Straßenreinigung, Herr Direktor Claus anwesend. Von den 16 Gemeinderatsmitgliedern waren nur drei erschienen. Der Referent kritisierte eingehend die Handlungsweise der Stadtverwaltung bezüglich der Verschleppung sämtlicher Wünsche und Forderungen, die teilweise seit 1906 ihrer Erledigung baren. Seine weiteren Ausführungen deden sich im wesentlichen mit folgender Resolution, die einstimmig angenommen wurde: „Die am 12. Mai im Lokal „Zur Sonne“ sehr zahlreich versammelten städtischen Arbeiter nehmen mit Befriedigung Kenntnis davon, daß das Bürgermeisterei die vorliegenden Wünsche der Arbeiter mit den Arbeiterausschüssen behandelt hat und dieselben demnach dem

Gemeinderat unterbreitet werden sollen. Die Versammelten erkennen nicht, daß der Bürgermeisteramt in den kleineren Fragen entgegenkommen zeigen will, bedauern aber, daß gerade in den drei einzigen bedeutenderen Forderungen vollständig unzulängliche Zugeständnisse gemacht werden. Die Erweiterung des Erhaltungsauftrags und die Gewährung desselben nach einjähriger Dienstzeit, wie dies schon in einer Reihe von Privatbetrieben eingeführt ist, betrachten die Arbeiter für eine Notwendigkeit, ebenso die Erhöhung der Grundlöhne für die Straßenreinigung um 30 Pf., damit diese Arbeiter wenigstens einigermaßen Ersatz für den durch die Betriebsänderung entstandenen Lohnausfall erhalten bzw. wieder auf ihre frühere Lohnhöhe kommen. Für ganz besonders nötig halten die Versammelten aber auch die Einführung der zweiseitigen Mittagspause für die Arbeiter des Straßenunterhalts und ersuchen den verehrlichen Gemeinderat, dieselbe mindestens mit Wirkung vom 15. März bis 15. Oktober jährlich einführen zu lassen, da bei der sehr großen räumlichen Ausdehnung der Stadt Straßburg diese Pause im Interesse beider Teile gelegen ist. Da sämtliche eingereichten Wünsche nur sehr geringe Mehrausgaben zusammen erfordern werden, auch seit 1906 in puncto Arbeitszeit und Arbeitsjahre keinerlei Verbesserungen vorgenommen worden sind, so hoffen die Versammelten, auch der neue Gemeinderat werde das nötige Verständnis für die Lage der städtischen Arbeiter beweisen und die vorgelegten Wünsche berücksichtigen. Weiter nehmen die Versammelten mit Bedauern davon Kenntnis, daß beim Straßenunterhalt intra muros zehn Arbeiter gekündigt wurde und ersuchen den Gemeinderat, da nicht Arbeitsmangel die Ursache ist, diese Kündigungen wieder zurückzuführen.

◆ Internationale Rundschau ◆

Der fünfte internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung, umfassend das Jahr 1907, ist kürzlich erschienen. Leider ist der Bericht auch diesmal nicht ganz vollständig, weil die Berichte einiger Landeszentralen ausgeblieben sind. So sind im Berichtsjahre für die Niederlande, für welche in der Statistik von 1906 rund 130.000 organisierte Arbeiter angegeben waren, diesmal keine Zahlen angeführt, und für England müßten die Zahlen von 1906 wieder benutzt werden, da statistische Aufnahmen über den Stand der gewerkschaftlichen Bewegung daselbst nicht alljährlich gemacht werden. Von der Schweiz sind diesmal Angaben vorhanden, während solche in der Aufstellung von 1906 fehlten. Ferner ist für 1907 zum ersten Male Finnland mit 20.000 organisierten Arbeitern an der Berichterstattung beteiligt. Das Gesamtbild der internationalen Gewerkschaftsbewegung zeigt uns für das Jahr 1907 nicht unerhebliche Fortschritte; die Mitgliederzunahme wird auf 47.091 berechnet. Es waren vorhanden Mitglieder in Organisationen im Jahre 1907 (die Mitgliederzahl für 1906 ist in Parenthese beigefügt) in Deutschland 2.446.480 (2.215.165), England 2.106.283 (2.106.283), Oesterreich 501.094 (418.270), Italien 387.384 (273.754), Schweden 239.000 (200.924), Belgien 181.015 (138.116), Ungarn 142.030 (153.332), Schweiz 135.377 (135.377), Niederlande 128.845 (128.845), Dänemark 109.914 (98.432), Norwegen 48.215 (25.339), Spanien 32.612 (32.405), Finnland 32.000 (32.000), Bulgarien 10.000 (6000) und Serbien 5434 (5350). Hierzu käme noch Kroatien mit 8700 Mitgliedern. Für die dem Internationalen Sekretariat nicht angeschlossenen Länder resp. die Länder, die keinen Bericht geliefert haben, lassen sich die folgenden Angaben machen: Es waren Gewerkschaftsmitglieder vorhanden in Frankreich (1904) 715.576, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 1.586.853, in Australien, einschließlich Neuseeland, 213.136. In den 19 Ländern, für welche die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder bekannt ist, gehören den Gewerkschaftsorganisationen insgesamt an 8.029.980 Mitglieder. Soweit vergleichbare Zahlen für 1906 und 1907 vorliegen, läßt sich ein Rückgang in der Gesamtmitgliederzahl nur für Ungarn nachweisen. Der Mitgliederverlust entfällt hier jedoch nur auf die Organisation der Landarbeiter. Diese hatten 24.000 Mitglieder im Jahre 1906, dagegen 1907 nur 11.838 Mitglieder. Der Mitgliederverlust ist zum größten Teil auf Auswanderung zurückzuführen. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften in der Industrie, dem Handel und Verkehr stieg auch in anderen Ländern erheblichen Schwankungen zu unterliegen. In England haben sich die Anlässe gewerkschaftlicher Organisationen, die nach den ersten Erfolgen der revolutionären Periode sich zeigten, nicht weiter entfaltet. In der Türkei kommt entschieden der Gedanke gewerkschaftlicher Organisation. Aus den Einzelberichten der Landeszentralen sei noch folgendes hervorgehoben: In England haben Streiks und Aussperrungen in den letzten Jahren eine erhebliche Zunahme aufzuweisen. Von der Wirtschaftskrise ist England besonders schwer heimgesucht, wobei ein besonderes Kapitel den Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gewidmet ist. Ferner wird im Bericht des

Altersversicherungsgeetzes Erwähnung getan, daß mit dem 1. Januar 1909 in Kraft getreten ist und schon jetzt pro Woche rund 2.000.000 M. Ausgaben verursacht. — Die Gewerkschaftsbewegung der Niederlande ist durch die langjährige Vertreibung des Anarchismus in ihrer Entwicklung gehemmt worden; bis vor einigen Jahren waren alle dortigen Gewerkschaften mehr oder weniger nur lockere Verbindungen örtlicher Fachvereine. — Belgien zeigt recht gute Fortschritte in der Gewerkschaftsorganisation und berichtet in großer Ausführlichkeit über jede einzelne Berufsorganisation. Die sozialpolitische Gesetzgebung, der ein großes Kapitel gewidmet ist, wird als gänzlich unzulänglich bezeichnet. — Dänemark weist seit vier Jahren einen ständigen Aufschwung auf. Diesem Fortschritt entsprechen auch die Erfolge, welche die Arbeiter auf gewerkschaftlichem wie auch sozialpolitischem Gebiete erzielen. — In Schweden stieg die Mitgliederzahl um 47 1/2 Proz.; in den letzten zwei Jahren betrug die Steigerung 104.000 Mitglieder. Lohnbewegungen waren recht zahlreich. An 1136 Konflikten waren 71.152 Arbeiter beteiligt. Norwegen hatte eine Mitgliederzunahme von 59 Proz. zu verzeichnen. Das Jahr war reich an Konflikten mit den Unternehmern. Der bedeutendste unter diesen, die Aussperrung der 5000 Arbeiter in der Papierindustrie, endete damit, daß die Arbeiter eine Lohnerhöhung von jährlich 300.000 Kronen erreichten. — Relativ die stärkste gewerkschaftliche Entwicklung hat in den letzten Jahren Oesterreich zu verzeichnen. Hier wurden 186.000 neue Mitglieder aufgenommen, von denen allerdings nur 52.824 den Organisationen treu blieben. Nach den amtlichen Erhebungen haben im Berichtsjahr 968 Arbeitseinstellungen und 21 Aussperrungen in 3300 Betrieben stattgefunden; die Zahl der beteiligten Arbeiter betrug rund 275.000. Italien zeigt eine starke Steigerung der Landarbeiterorganisationen. Von den Streiks entfielen auf die Landwirtschaft 238 mit 184.167 Streikenden, auf die Industrie 2011 Streiks mit 209.327 Streikenden. Die übrigen Länder können wir wegen ihrer geringen Gewerkschaftsbewegung übergehen. Ueber die deutsche Gewerkschaftsbewegung braucht an dieser Stelle nicht besonders berichtet zu werden, da diese den Kollegen ja bekannt sein dürfte. Nur soviel sei bemerkt, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung jetzt auch in der absoluten Mitgliederzahl an der Spitze der internationalen Gewerkschaftsbewegung marschiert.

**Frankreich.** Die von uns bereits des öfteren behandelte Streikbewegung der französischen Postbeamten hat nun doch noch mit einem argen Mißerfolg geendet und es ist schwer zu sagen, wenn man die Schuld dafür aufbürden soll. War der erste Ansturm glänzend verlaufen, so erwies sich beim zweiten Ausbruch das Beamtenpersonal leider nicht solidarisch genug, um gegenüber den zahlreichen Maßregelungen einheitslich vorzugehen. Auch der Appell an die Gesamtarbeiterschaft führte keine Besserung der Situation herbei. Wohl wurde seitens der Konföderation (Generalcommission) am 10. Mai der Generalstreik aller Berufe erklärt, es zeigte sich aber, daß Riels und andere Warner recht behielten, denn am ersten Tage streikten in Paris nur 4—5000 Arbeiter, der zweite Tag war Himmelfahrt, am dritten Tag kamen noch ganze 3000 streikende Bauarbeiter hinzu, so daß noch am Abend des gleichen Tages der Streik aufgehoben wurde, was nach Lage der Sache das einzig vernünftige war. Hinterher wird nun dem Sekretär Riels, der das ausichtslose Beginnen im vornherein erkannt hatte, der Vorwurf gemacht, er sei am Scheitern des Generalstreiks schuld. Die anarchischen Generalstreikler brauchen eben einen Sündenbock in ihrer blamablen Situation. Es beicht leider nach dem bisherigen Verhalten vieler französischen Gewerkschaften wenig Aussicht, daß man sich endlich aufrafft und durch feste Organisationsarbeit, durch Ausbau und Leistungsfähigkeit der Organisationen zielbewusste und planmäßige Arbeit schafft, die mehr vollbringt, als das plötzliche Aufflammen einer momentanen Empörung, die eben so schnell wieder verhaucht.

**Oesterreich.** Die Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der staatlichen Salinenarbeiter in Oesterreich hat ein Antrag zum Gegenstande, den die Abg. Abram und Jordenet im Abgeordnetenhaus eingebracht haben. Der Antrag fordert hauptsächlich die Regelung der Arbeitslöhne in der Weise, daß jeder aufgenommene Arbeiter einen Wochenlohn von mindestens 15 Kronen (12,75 M.), jeder Arbeiter, der ein Jahr in Arbeit steht und mehr als 18 Jahre alt ist, mindestens 20 Kronen (17 M.), jeder händige Vorarbeiter außerdem eine Lohnzulage von 4 Kronen (wöchentlich) erhält. Nach 25 Dienstjahren muß jeder Arbeiter einen Minimallohn von 30 Kronen (25,50 M.) erhalten. Die Afordarbeit wird abgeschafft, oder, wo dies nicht luntlich ist, dafür gefordert, daß den Arbeitern eine Kontrolle möglich ist. Die Arbeitszeit ist so zu regeln, daß sie maximal acht Stunden täglich beträgt, eine einstündige Mittagspause eingeschlossen. Außerdem werden für die Arbeiterinhaber angemessene Versicherungen im Alter und der Invaliditätensicherung gefordert.

**Schweiz.** Die Schweizer Eisenbahnbeamten haben kürzlich in Zürich eine Fortwährensversammlung abgehalten, in der die Frage des Anschlusses an den Gewerkschaftsbund beraten wurde. Nach einem Referat unteres Kollegen Gullib, der hervorhob,

daß die unteren Beamten ihren Wünschen in Gemeinschaft mit den Arbeitern viel größeren Nachdruck werden verleihen können, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, durch welche sämtlichen Sektionen der Eisenbahnerverbände empfohlen wird, die Frage des Anschlusses an den Gewerkschaftsbund zu prüfen und zu Händen ihrer Delegiertenversammlungen bezügliche Anträge zu stellen. Die Versammlung erklart in dem Anschluß an den Gewerkschaftsbund ein vorzügliches Mittel zur wirksameren Vertretung der Interessen der schweizerischen Eisenbahner.

**Rundschau**

Eine neue Verbesserung. Die Finanzkommission hat in ihrer neugebauten ultramontan-konservativen Mehrheit folgenden Steuerplan ausgedacht:

Viertheuer	100 Millionen M.
Braunweinsteuer	80
Tabak und Zigarettensteuer	45
Schamweinsteuer	5
Steuer auf Parkimeterien	8
„ „ Säbholzger	25
„ „ Glühkörper	20
Kaffee- und Teezoll	35
Mühlennutzsteuer	8
Mohlenausfuhrzoll	20

Ferner für die Verbeibaltung der Zählkartensteuer 20 Millionen, zusammen also 306 Millionen indirekter und Verbrauchssteuern. Dazu kommt noch der Antrag Müthofen, die Notierungsteuer mit zirka 80 Millionen, Staatssekretär Ebdow hat selbst 60 Millionen genannt. Die Wein- und Umsatsteuer bzw. Reichssteuer zu wachsender ist mit 60 Millionen Minimum veranschlagt worden. Im ganzen also 366 plus 140 Millionen M. Steuern zu denen schließlich noch die um 25 Millionen erhöhten Patrimonialumlagen hinzugerechnet werden müssen. — Der „Deutschen Tageszeitung“ ist das noch zu wenig. Sie rechnet mindestens 21 Millionen M. mehr heraus, während die „Streuzeitung“ es etwas billiger tut und um 3 Millionen M. hinter den Vorschlägen des Bündlerblattes zurückbleibt. — Man sieht, die liberal-konservative polnische Mehrheit zähmt das Volk mit Storytionen. — Ob freilich das Plenum des Reichstages in diesen hoch gar zu lauren Apfel beißen wird, bleibt abzuwarten. Schließlich hat sich bei der letzten Reichstagswahl der deutsche Michel eine Zuppe eingebrodelt, die auszulöffeln und zu verdauen einen starken Magen erfordert!

Ernst Deinhardt †. Von einem erkrankten berben Verlust ist der Deutsche Holzarbeiterverband betroffen worden. Dem ersten Vorsitzenden Carl Mohr und dem früheren ersten Kassierer des Verbandes, Carl Bohne, die vor gar nicht langer Zeit verstorben sind, in nimmermehr auch der erste Medakture des Verbandes, Ernst Deinhardt, in den Tod gefolgt. Genosse Deinhardt, der seit dem Jahre 1900 an der „Holzarbeiterzeitung“ tätig war, betätigte sich in früheren Jahren in verschiedenen Parteizeitungsredaktionen und stand auch schon von früher Jugend an mit gläubiger Hingabe für die Arbeiterschaft auf seinem Posten. Ein jahrelanges Stedtum Tuberkulose, das schon vor zirka 6 Jahren dazu geführt hatte, daß ihm ein Bein amputiert werden mußte, hat den unermüdelichen Kämpfer nimmer im Alter von erst 37 Jahren gefaßt. — Die Arbeiterbewegung und vor allem der Deutsche Holzarbeiterverband verlieren in Deinhardt viel. Er war nicht nur ein gewandter Schriftsteller, sondern auch ein tüchtiger Redner und Organisor. Die deutsche Arbeiterschaft wird seiner stets in Ehren gedenken.

Zur Erweiterung unserer Leser geben wir aus der üblichen Sonntagsspiel der „Arbeitszeitung“ vom 6. Juni die folgende Stelle wieder:

„Im Reigen der Schimpf- und Mägelonastie dürfen natürlich heutigen Tages auch die im Staats- und Gemeindegeld dienst beschäftigten Arbeiter nicht fehlen. Diese haben in Dresden ihr Kontenfilz abgehalten, um ihr Bündnis mit der Sozialdemokratie von neuem zu befestigen. Die Arbeiterschaft hat, der Lohn gering, das Koalitionswort nicht ausgesprochen, die Regierarbeit durchaus notwendig, die Ausforgesache viel zu gering, in dieser Tonart ging's auf und nieder! — So haben wir vor der heillosen Talsache, daß ein nicht unerheblicher Teil des deutschen Volkes, verleitet freilich durch eine Anzahl gewissenloser Demagogen, die Pfingstfestverlage dazu benutzt hat, um sich in wüsten, meist ganz unbegründeten oder doch wenig überzeugenden Anklagen gegen Staat und Gesellschaft zu ergehen und sich gegenseitig immer tiefer in den Zustand der Verdorbenheit und Verbitterung hineinzureden. Es ist natürlich und begreiflich, daß sich demgegenüber bei den Weiseren im Rolle der Wunsch regt, die nationalen Elemente zu sammeln und die in der deutschen Nation noch immer vorhandenen, wenn auch

schlummernden Mächte idealer Gesinnung von neuem zu erwecken.“ — Nun, die „Weiseren im Volk“ mögen getroßt mit ihren „nationalen Elementen“ — den Gelben — antreten. Sie werden damit im zweifachen Sinne des Wortes keinen Staat machen können! Das mag sich der famose Herr Stuh gesagt sein lassen.

Ein billiges und schmackhaftes Hausgetränk. Eines der besten alkoholfreien Getränke ist noch wenig bekannt, obgleich es den Vorzug hat, wohlschmeckend und sehr billig zu sein: die aufgebraute Limonade. Man schneidet eine Zitrone in Scheiben, entfernt alle Kerne daraus, zerkert die Schmitte ein und übergießt sie mit kochendem Wasser; beim Umrühren müssen die Zitronenscheiben ein wenig mit dem Löffel abgedrückt werden. Diese heiße Limonade ist an kalten Tagen ein wahres Erquickung. Läßt man sie abkühlen und genießt sie kalt — was auch am folgenden Tage geschehen kann —, so hat sie durch das feine Aroma der Schale mehr Wohlgeschmack als die gewöhnliche, durch Auspressen von Zitronen hergestellte Limonade. Man kann aus einer Zitrone drei Liter bis einen Liter Limonade und durch einen zweiten Aufguss — neu einzudern! — noch einen halben Liter herstellen.

**Verbandsteil**

**Quittung der Hauptkasse.**

Im Monat Mai gingen folgende Gelder an Beiträgen ein:  
 Für das 1. Quartal 1909: Ansbach 44,83 M., Eberswalde 6,85 M., Hamburg 6702,60 M., Königsberg i. Pr. 151,85 M., Neubreding 0,42 M., Sonneberg 13,13 M., Stuttgart 529,86 M.  
 Für das 2. Quartal 1909: Köln a. Rh. 550 M., Göttingen 11,50 M., Leipzig 1000,— M., Mannheim 1060,50 M., Wittenhausen i. E. 250,— M.  
 Für Kalender: Bremen 25,— M., Eberswalde 0,50 M., Königsberg i. P. 20,— M., Orenbach a. M. 5,— M., Eidenburg 6,— M.  
 Ferner gingen ein: Für Futterale Wiesbaden 5,— M., für Futterale Dresden 8,80 M., Storchpondenzblatt Dresden 17,75 M., Leipzig 17,75 M., Abonnementgelder 5,00 M., Verbandschriften 0,20 M., Wiesbaden für Tempel 4,10 M., M. H. Aufzahlung 5,— M., Medel für Papier 2,50 M., zurückgez. Porto 2,34 M.

Von Einzelmitgliedern:

Nr. 12 737	3,50 M.	Nr. 31 213	5,60 M.	Nr. 41 450	4,55 M.
12 601	5,25	31 211	3,—	41 152	3,25
12 645	5,25	31 266	1,40	41 169	2,50
21 292	5,25	31 270	2,80	41 184	3,50
30 162	5,—	31 272	2,—	41 185	5,05
30 168	4,55	31 282	4,55	41 186	5,05
30 175	3,25	31 295	4,55	41 187	3,50
30 191	4,55	31 309	4,55	41 188	5,05
30 196	9,45	31 323	1,40	41 189	4,70
31 703	3,50	35 358	5,60	41 190	7,85
31 731	4,55	35 360	3,50	41 191	3,50
31 733	3,50	35 371	4,20	41 192	1,90
31 744	3,50	35 374	3,—	41 193	3,50
31 754	3,50	35 378	4,50	41 194	5,05
31 755	2,80	35 380	4,—	49 131	3,50
31 761	5,—	37 410	3,50	49 132	1,20
31 767	4,55	37 498	2,80	49 133	3,50
31 768	4,90	39 470	4,20	49 134	5,05
31 976	1,40	41 431	4,55	49 136	4,70
31 995	2,80	41 445	4,55		

Summa 237,30 M.

G. Schumann, Hauptkassierer.

**Totenliste des Verbandes.**

<b>Hollub Balbach, Heidelberg</b> Tiefbau   21. 5. 1909, 47 Jahre alt.	<b>Emil Dapp, Heidelberg</b> Zahnmann   30. 5. 1909, 39 Jahre alt.
<b>Paul Klapproth, Breslau</b> Manufakturarbeiter   24. 5. 1909, 58 Jahre alt.	<b>J. K. Ch. Rode, Hamburg</b> Vandeputatant   30. 5. 1909, 43 Jahre alt.
<b>Hermann Rehberg, Kiel</b> Strakenreinigung   27. 5. 1909, 15 Jahre alt.	<b>Gottfried Stanke, Berlin</b> Rebierinspizien   2. 6. 1909, 71 Jahre alt.

**Chre them Andenten!**